

II- 237 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT

Zl. 030.076 - Parl./70

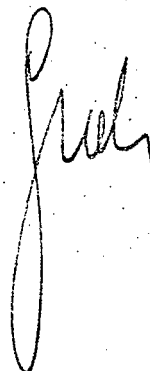
25/A.B.zu 72/J. Wien, am 26. Juni 1970  
Präs. am 2. Juli 1970An die  
Kanzlei des Präsidenten  
des NationalratesParlament  
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 72/J-NR/70, die die Abgeordneten Peter und Genossen am 3. Juni 1970 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Das Manifest, das nach dem Artikel in Nr. 20 der "Wochenpresse" vom 20.5.1970 "Mütter protestieren" von einer Gruppe "nicht-österreichischer Mütter von Wiener Schulkindern" verfaßt sein soll und in dem angebliche Mißstände in allgemeinbildenden Pflichtschulen und allgemeinbildenden höheren Schulen im Bereich des Stadtschulrates für Wien angeführt sein sollen, ist bisher - obzwar nach diesem Zeitungsbericht an die Unterrichtsbehörden gerichtet - nicht im Bundesministerium für Unterricht eingetroffen.

Eine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten, die im Zeitungsbericht als "konkrete Beispiele" bezeichnet werden und die sich in erster Linie auf Fragen der Unterrichts- und Pauseneinteilung, der Beaufsichtigung der Schüler, der Unterbringung einzelner Klassen, der Schülerbeurteilung und auf methodische Aspekte des Unterrichts beziehen sollen, ist erst dann möglich, wenn der vom Stadtschulrat für Wien angeforderte Bericht vorliegt. Wenn auch das in der "Wochenpresse" angekündigte Manifest und damit die sachliche Grundlage dieser Angelegenheit noch nicht vorliegt, wurde der Stadtschulrat für Wien als die in erster Instanz zuständige Schulaufsichtsbehörde um Untersuchung der einzelnen Punkte und um Berichterstattung ersucht.

Sobald dieser Bericht eingelangt ist, wird die gegenständliche Anfragebeantwortung entsprechend ergänzt werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. ...', written in a cursive style.